

Mr. Kostas PARLAVANTZAS
Areos 12
Maroussi
GR -15122, Athens; Greece.

Mob: +30 693 70 99 333
Tel: +30 210 80 64 756
Fax: +30 210 80 64 756

H.E. Mr. Jean-Claude JUNCKER
President, European Commission
Rue de la Loi/Wetstraat 200.
1049 Brussels; Belgium.

Tel:
Fax:
Email: president.juncker@ec.europa.eu

Athens Friday, 09 March 2018.

**Add On: SWITZERLAND. "FALSE PROMISES AND PERSONAL ATTACKS¹".
Your Brussels Press Conference of 15.02.2017.**

Dear Mr. President,

I would like to know whether I might expect a reply to my communication² dated: 01/03/2018.

Having³ already been drawn eight (8) times over the table by conveniently rotating Presidents of the Swiss Confederation since 2014 the EC should not give consequence to the proposal for an unspecified Arbitration Court in place of the Court of the European Communities. The Arbitration Court idea has already been tabled and rejected by the Swiss in 2013⁴.

The Swiss Confederation views the EC as the visible part of an incoherent depended and inadequately funded⁵ European Experiment to be dealt with or manipulated. The Swiss Confederation is performing no scruples [assets mining](#)⁶ on the contingent of 1,347,095⁷ EU MS Nationals who contribute to its BIP amounts comparable to the annual EU budget. The Arbitration Court proposal is intended to maintain the convenient rarely used Joint Committee status quo, i.e. Barter between the CH and individual EU MS. Inner politically the proposal has already been rendered laughable by the appropriate cartoon in the front page of the largest circulation Swiss newspaper (See: Attachment A).

The afore mentioned EU MS nationals together with a multitude of others with employment residence and pension rights in that country do not view the EC as a GO Experiment but, at their peril, equate it to a of US type Federal Government for Europe.

Contrary to Institutions we are mortals and because the EC has a) been flagging the BA-I with Switzerland since at least 1992, and b) promising in writing "**Acquis communautaire**⁸" since at least 1999 **many**, as well as I have, planned our working lives on a breach of promise/lie on behalf of the EC. Fifteen years (15) after the ratification of the BA-1 no MS National affected by blatant Violations of the BA-I such as explicit discrimination at work has access to an independent court or tribunal.

Sincerely yours,

K. PARLAVANTZAS

Tages-Anzeiger

Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Dienstag
6. März 2018126. Jahrgang Nr. 54
Fr. 4.20 / AZ 8021 Zürich

Gary Oldman
Er gewann einen Oscar - doch wichtig waren andere.
35

Erschütternd
Gewaltverbrechen, die die Schweiz verstört haben.
14

Risiko Sauberkeit
Wer putzt, gefährdet seine Lunge wie ein Raucher.
44

Pleiteliga
In der Challenge League wird Fußball zum Trauerspiel.
32

WITNESS

No-Billag-Effekt: Verlierer wollen anderen Wahltermin

Nach den Zürcher Wahlen fühlt sich die SVP wegen des gleichzeitigen Abstimmungstermins benachteiligt.

Daniel Schneebeli und Corsin Zander

Die Linke verdankt ihren Sieg bei den Wahlen in der Stadt Zürich teilweise den bürgerlichen Initianten der No-Billag-Initiative. Diese Meinung vertritt Politologe Michael Hermann im Interview: «Diese Initiative hat vor allem die linksgrüne Wählerschaft aufgeschreckt und mobilisiert.» Um eine solche Verfallung des Wahlergebnisses zu verhindern, verlangt er eine Entkopplung von Wahlen und eidgenössischen Abstimmungen. Dieser Forderung hat sich gestern auch der Präsident der Stadtzür-

Zürcher Wahlen

Wer den Linken nach ihrem Sieg genau auf die Finger schauen will. - Seite 21

So wollen kleine Parteien verhindern, dass sie aus den Räten verschwinden. - Seite 23

cher SVP, Nationalrat Mauro Tuena, ausgeschlossen: «Wir müssen die Termine trennen.» Die SVP war am Sonntag in Zürich die grosse Verliererin, büsste bei den Parlamentswahlen 6 von 23 Sitzen ein und hatte mit ihren zwei Stadtratskandidaten keine Chance.

Bei den Siegern stösst Tuenas Forderung auf ein gewisses Verständnis, denn bei den Wahlen vor vier Jahren hatten sie sich benachteiligt gefühlt. Damals wurde das Resultat durch den gleichzeitigen Urnengang zur Masseneinwanderungsinitiative beeinflusst - die Linke verlor sowohl im Parlament

als auch im Stadtrat Sitze an die bürgerlichen Parteien. Und die SP verlangte in einem Postulat prompt eine andere Terminplanung.

Gestern bezeichnete SP-Co-Präsidentin Gabriela Rothenfluh die Forderung der SVP - bei allem Verständnis - auch als «billiges Manöver». Nach ihrer Ansicht hätte die SVP von No Billag profitieren müssen: «Wenn es die Volkspartei nicht schafft, mit einer eigenen Initiative die eigenen Wähler zu mobilisieren, ist sie selber schuld.»

Im Stadtparlament wurde die SP-Forderung vor vier Jahren auf Antrag des Stadtrates übrigens verworfen. Grund: Zwischen zwei Abstimmungsterminen müssen fünf Wochen liegen, damit nicht gleichzeitig Unterlagen von mehreren Urnengängen im Umlauf sind. Ein späterer Wahltermin wäre unmöglich, da zu wenig Zeit für einen allfälligen zweiten Wahlgang wäre. Ein früherer Termin würde die Wahlkampf in die Weihnachtstage verschieben.

Das Problem von beeinflussten Wahlergebnissen kennt man auch anderswo. Darum werden kantonale Wahlen sowohl in Bern, Basel-Stadt als auch in Zürich an separaten Terminen angesetzt, dasselbe gilt für nationale Wahlen. Wie der stellvertretende Stadtschreiber von Bern, Jürg Wichter, betont, gibt es darum häufig Beschwerden aus den Gemeinden wegen zu grossen Aufwands. Städtische Wahlen finden in Bern wie in Zürich auch gleichzeitig mit eidgenössischen Abstimmungen statt.

Bundesrat setzt auf Schiedsgericht



ENDLICH STIMMUNG!

Ein unabhängiges Schiedsgericht könnte in den Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU den Durchbruch bringen. Der Bundesrat zeigt sich für den Vorschlag offen, den die EU-Unterhändler letzten Dezember ins Spiel gebracht haben. Ein Schiedsgericht sei ein realistischer Ansatz, sagte Aussenminis-

ter Ignazio Cassis gestern vor den Medien. Das Schiedsgericht wäre nur für die gemeinsam in bilateralen Abkommen geregelten Bereiche für die Streit-schlichtung zuständig. Für Schweizer Recht, wie etwa die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit, wären weiterhin Schweizer Gerichte zu-

ständig, während der Europäische Gerichtshof über die Auslegung von EU-Recht befinden würde.

Der Bundesrat möchte in diesem Jahr mit der EU eine Einigung erzielen, aber nicht um jeden Preis, wie Bundesrat Cassis festhielt. (br/fre)

Kommentar Seite 2, Berichte Seite 2, 3

Service

Börse	10	Fernsehprogramme	28
Stellenanzeigen	16	Veranstaltungen	40
Leserbriefe	17	Rätsel	42
Todesanzeigen	24	Wetter	43

Abo-Service 044 404 64 64

www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate 044 248 40 30

E-Mail: inserate@tages-anzeiger.ch

Inserate online buchen: www.adbox.ch

Redaktion 044 248 44 11, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
redaktion@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch,news@newsnet.ch



Anzeige

Heute

Nach Juso-Initiative: CVP will über Parteienfinanzierung diskutieren

Nachdem am Wochenende in den Kantonen Freiburg und Schwyz die Juso-Initiative für mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung angenommen worden ist, löst sich die verfahrenere Situation ein wenig. Die CVP anerkennt Diskussionsbedarf, derweil SVP und FDP weiterhin gegen mehr Transparenz sind. - Seite 5

Eishockey: Playoff-Paarungen stehen fest, der ZSC trifft auf den EV Zug

Nach der letzten Runde der regulären Saison in der National League stehen nun die Paarungen für die Playoff-Viertelfinals fest. Der Titelverteidiger SC Bern trifft auf Genf-Servette, der HC Lugano auf Gottéron, der EHC Biel auf den HC Davos und der EV Zug auf den ZSC. - Seite 34

Fünf Sterne und Lega wollen Italien regieren

Italiens Wahlsieger - die Bewegung Fünf Sterne (M5S) und die Lega - wollen Regierungsverantwortung übernehmen, aber nicht zusammen. Auf Italien wartet eine langwierige und schwierige Regierungsbildung, da keine Koalition über die notwendige Mehrheit verfügt. «Wir haben die Verantwortung, Italien eine Regierung zu geben. Wir haben die historische Chance, konkrete Lösungen für Probleme zu finden, die Italien seit 30 Jahren belasten», sagte der Fünf-Sterne-Spitzenkandidat Luigi Di Maio. Er will nun «Gespräche in alle Richtungen» führen. Seine Bewegung ging aus der Parlamentswahl am Sonntag mit 32 Prozent als stärkste Partei hervor. (SDA) - Seite 7, 15

Ständerat gegen höhere Grenzwerte

Der Ständerat hat es gestern abgelehnt, die Strahlenschutzwerte für Mobilfunkantennen zu lockern. Die kleine Kammer stimmte gegen eine entsprechende Motion, welche die ständerätliche Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen unterbreitet hatte. Der Entscheid fiel knapp aus. 22 Ständeräte stimmten gegen die Motion, 21 dafür. Zwei Ratsmitglieder enthielten sich der Stimme. Der Ständerat stellte sich gegen den Willen des Bundesrats. Aus den Wortmeldungen in der kleinen Kammer wurde klar, dass sich viele Ständeräte darüber wunderten, innerhalb von eineinhalb Jahren erneut über eine ähnliche Vorlage befinden zu müssen. (met) - Seite 11

Mehrheit will weniger Gebühren bezahlen

Eine Nachbefragung von Tamedia zur Abstimmung über die No-Billag-Initiative zeigt: Einer Mehrheit der Stimmenden war das Anliegen zu radikal. Über die künftige Ausrichtung der SRG herrscht aber keine Einigkeit. Während eine Mehrheit Sympathien für eine Reduktion der Gebühren auf 200 Franken äussert, stösst ein Kahlschlag bei den Programmen auf Widerstand. Gespalten zeigt sich nach der Kampagne für No Billag der Schweizer Gewerbeverband. Jürg Grossen, Präsident der Grünliberalen, stellt eine Entfremdung von den Exponenten des Verbands fest, die sich zunehmend wie «basisfremde Funktionäre» benehmen würden. (mw/cab) - Seite 4

Konkurrenzlos günstiger Wertschriftenhandel

Eröffnen Sie jetzt ein Anlagekonto auf degiro.ch

- ✓ Mehr als 60 Börsen weltweit
- ✓ Innovative Handelsplattform
- ✓ Sichere Struktur
- ✓ Keine Depotgebühr

DE
GIRO

THE ENDNOTES REFERED TO IN THE TEXT

¹ See: www.blick.ch/news/politik/falsche-versprechungen-und-persoenliche-angriffe-eu-juncker-sauer-auf-schweiz-id7986951.html?utm_source=facebook&utm_medium=social_user&utm_campaign=blick_web

² See: www.elvetia.org/juncker/2018-02-15/pdf/2018-02-28%20%20Juncker%20version%201.1

³ See: The Brussels Press Conference of 15.02.2017.

⁴ “Noch vor wenigen Jahren hielt das Aussendepartement ein EU-Schiedsgericht für abwegig Die Schweiz strebt in den Verhandlungen mit der EU ein möglichst unabhängiges Schiedsgericht an. 2013 stand in einem internen Bericht noch, dass dies keine Chance habe. NZZ 7-03-2018.

⁵ Viz. a fraction of a percent of the EU MS BIP.

⁶ See: www.elvetia.org

⁷ Status 31/12/2016.

⁸ See: www.elvetia.org/ba/c/2013-11-11%20M.%20Barosso/1999-12-22%20COMMIS-SIONER%20CHRIS%20PATTEN.pdf